

**ANTRAG**  
**an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Salzburg**  
**im Mai 2025**

**„Trinkgeld entlasten, Bürokratie abbauen – Pauschale österreichweit einheitlich regeln“**

In einer Zeit, in der Gastronomie, Tourismus und körpernahe Dienstleistungen besonders vom Fachkräftemangel betroffen sind, sorgt die aktuelle Praxis rund um die sogenannte **Trinkgeldpauschale** für zusätzliche Belastung und Verunsicherung in Salzburg.

Obwohl mit der Schaffung der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) eine Harmonisierung der Sozialversicherung angestrebt wurde, gibt es bis heute **keine einheitliche österreichweite Regelung** beim Thema Trinkgeldpauschale. Die Realität zeigt ein zersplittertes Bild: Während in sechs Bundesländern die Pauschalregelung sämtliche Leistungen vollständig abdeckt, sehen lediglich Salzburg, Tirol und die Steiermark **Nachforderungen** vor.

Salzburg ist dabei besonders betroffen: Hier kommt es nicht nur zu Rückforderungen, sondern es werden auch **Verzugszinsen** verrechnet. Das führt zu erheblicher Rechtsunsicherheit, zusätzlicher Bürokratie und steigender finanzieller Belastung für viele Betriebe.

### **Kritik an der aktuellen Regelung**

- **Ungleichbehandlung in Österreich:** Ein einheitliches Sozialversicherungssystem darf nicht zu uneinheitlichen Belastungen für Unternehmen führen. Eine bundesweit gleiche Regelung ist längst überfällig.
- **Fachkräftemangel wird verschärft:** Wenn Trinkgelder künftig teilweise abgabepflichtig sind, sinkt die Attraktivität vieler Jobs – vor allem in Branchen, die ohnehin unter Personalnot leiden.
- **Gefahr der Rückkehr zu Bargeld:** Die Besteuerung von Trinkgeldern erhöht den Anreiz, auf Barzahlung auszuweichen. Das konterkariert die Bemühungen zur Digitalisierung und Transparenz.
- **Bürokratie statt Entlastung:** Die Prüfung und Nachverrechnung von vermeintlich unzureichenden Pauschalen schafft ein bürokratisches Monster – und raubt Unternehmer:innen wertvolle Zeit.
- **Fehlende Rechtsklarheit:** Viele Betriebe haben im Vertrauen auf bestehende Pauschalen agiert. Die nachträglichen Forderungen und Zinsen bringen dieses Vertrauen ins Wanken.

Die neue Bundesregierung hat das Problem erkannt und sich im Regierungsprogramm das Ziel gesetzt, eine neue Regelung für das Trinkgeld zu erarbeiten. Das stimmt uns zuversichtlich, dass eine praktikable Lösung in Reichweite ist – und ist zugleich ein klarer Auftrag an uns alle, diese Entwicklung aktiv zu unterstützen.

**Der Salzburger Wirtschaftsverband (SWV) stellt daher erneut den folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:**

Zur Entlastung der Betriebe wird sich die Wirtschaftskammer insbesondere für folgende Punkte einsetzen:

- **Das Trinkgeld soll steuerfrei bleiben** – als freiwillige Zuwendung von Gästen an das Personal.
- **Die Sozialabgaben müssen mit der Pauschale gedeckelt sein. Für die Sozialversicherung soll eine österreichweit einheitliche Pauschalregelung gelten.** Die Höhe der Pauschalen kann bundeslandspezifisch angepasst werden – sie muss aber jedenfalls Klarheit und Rechtssicherheit bieten.
- **Laufende Nachforderungen und Überprüfungen durch die ÖGK sollen bis zur Einführung einer neuen einheitlichen Regelung ausgesetzt werden.**
- **Ziel muss eine einfache, unbürokratische Lösung sein,** die Betrieben und Beschäftigten gleichermaßen Sicherheit gibt und den Verwaltungsaufwand minimiert.



Andreas Gfrerer



Peter Mörwald